

# Beschluss

der KPV-Landesversammlung vom 19. Oktober 2015:

**Die KPV und die Frauen Union stellen zum CDU-Landesparteitag am 21. November 2015 gemeinsam folgenden Antrag:**

## **Stärkung des ehrenamtlichen Engagements:**

**Freiwilligendienste weiterentwickeln – Ja, zur Gemeinschaft, Migranten besser integrieren**

**„Schleswig-Holstein, ein Land für das ich mich gerne einsetze“**

Eine starke Zivilgesellschaft lebt auch von dem freiwilligen Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger. Das Ehrenamt ist Bestandteil unserer kulturellen Identität und hat eine lange Tradition. Eine Vielzahl von Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner engagieren sich ganz überwiegend unentgeltlich und aus den unterschiedlichsten Motiven heraus für unser Gemeinwesen. Dies trägt ganz wesentlich zum sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft bei. Deshalb ist es wichtig, die Rahmenbedingungen für die Übernahme ehrenamtlichen Engagements zu stärken.

Insbesondere der jüngeren Generation wollen wir einen stärkeren Zugang zum Ehrenamt ermöglichen. Zugleich ist es enorm wichtig, die Erfahrungen der älteren Generation für das Gemeinwesen zu nutzen. Die Freiwilligendienste bieten hier einen guten Einstieg für die ehrenamtliche Tätigkeit und einen Zugang auch für spätere Engagements.

Sonderformen einer ehrenamtlichen Tätigkeit sind das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) und der **Bundesfreiwilligendienst** (BFD). Die wesentlichen Unterschiede der Freiwilligendienste zu vielen anderen ehrenamtlichen Tätigkeiten sind die Dauer und der Vorzug, sozialversichert zu sein. Der Träger zahlt die Beiträge zur Krankenversicherung, Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Unfallversicherung und Pflegeversicherung komplett. Im Übergang von Schule und Ausbildung in den Beruf und das Studium sind die Freiwilligendienste für viel junge Menschen hochinteressant.

Ein guter Integrationsansatz für Flüchtlinge und Asylsuchende ist die Übernahme von freiwilligen Tätigkeiten. Von Beginn ihres Aufenthaltes in Schleswig-Holstein sollten sie die Möglichkeit haben, am gesellschaftlichen und öffentlichen Leben teilzuhaben.

1. Wir fordern die Landesregierung auf, weitere Stellen im Rahmen der bestehenden Dienste des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ), des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FSJ) und des **Bundesfreiwilligendienstes** (BFD), nach Maßgabe des Anteils des Landes Schleswig-Holstein am Gesamtkontingent des Bundes, zur Verfügung zu stellen.
2. Einwanderer und anerkannte Asylbewerber sollten durch ein freiwilliges Angebot an unserer Gesellschaft motiviert werden, damit diese sich über ein aktives Freiwilliges-Engagement in unsere Gesellschaft eingliedern können.